

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 17.05.2021 um 14:30 Uhr
Digitale Sitzung über WebEx

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	42

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Wolfgang Deny

Herr Dr. Florian Dreifus

Frau Ulla Eder

Herr Frank Eschrich

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Frau Brigitte Freihold

Herr Jürgen Hartmann

Herr Thomas Heil

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

Herr Hartmut Kling

Frau Helga Knerr

Frau Susanne Krekeler

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Ralf Müller

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Frau Sabine Schunk

Herr Bernd Schwarz

Herr Stefan Sefrin

Herr Tobias Semmet
Frau Annette Sheriff
Herr Berthold Stegner
Herr Jürgen Stilgenbauer
Herr Sebastian Tilly
Herr Manfred Vogel
Herr Ferdinand L. Weber
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Herr Steven Wink
Herr Heinrich Wölfling
Frau Regina Zipf

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Herr Daniel Durm
Frau Annette Legleitner
Herr Oliver Minakaran
Herr Gustav Rothhaar
Herr Maximilian Zwick

Zu Ausbildungszwecken anwesend

Frau Isabel Gab

Zur Sitzung hinzugezogen:

Herr Wolf Krämer-Mandau

Projektgruppe Bildung und Region (TOP 1)

Abwesend:

Mitglieder

Herr Frank Fremgen
Herr Florian Kircher
Herr Jürgen Meier

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Der Vorsitzende erläutert den Verhaltenscodex. Der Stadtrat beschließt einstimmig den vorgestellten Verhaltenscodex.

Sodann erläutert er die rechtlichen Voraussetzungen für eine digitale Sitzung. Zum einen sei Voraussetzung, dass eine Notsituation festgestellt werde. Für die heutige Sitzung des Stadtrates wird festgestellt, dass die derzeitige Corona-Pandemie eine außergewöhnliche Notsituation im Sinne des § 35 Abs. 3 GemO darstellt, die eine Beschlussfassung außerhalb der Präsenzsitzung – mittels Videokonferenz – erfordert. Zum anderen sei eine 2/3-Zustimmung zur Durchführung der digitalen Sitzung notwendig. Des Weiteren sei eine namentliche Abstimmung erforderlich, da dies technisch nur in dieser Weise möglich sei.

Daraufhin bittet der Vorsitzende über die namentliche Abstimmung sowie über die Zustimmung, dass Beschlüsse laut Tagesordnungen im digitalen Verfahren mittels Videositzung gefasst werden, abzustimmen.

Der Stadtrat beschließt dies einstimmig.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der Stadtrat beschließt sodann einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Schulentwicklungsplanung
2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
3. Ergänzung der Gefahrenabwehrverordnung, Tauben-Vergrämungspflicht
4. Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters sowie des hauptamtlichen Beigeordneten; Einsatz der Infrastruktur der Verwaltung
5. Spätere Höherstufungen der Mitglieder des Stadtvorstandes
 - 5.1. Spätere Höherstufung des Oberbürgermeisters Herrn Markus Zwick
 - 5.2. Spätere Höherstufung des Bürgermeisters Herrn Michael Maas
 - 5.3. Spätere Höherstufung des Beigeordneten Herrn Denis Clauer

6. Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH;
hier: Wechsel eines Mitglieds des Aufsichtsrats
7. Feststellung von Kostenvoranschlägen
7.1. S01 Grundschule Fehrbach - Sanierung Elektroinstallation
8. Auftragsvergaben
8.1. 72 Generalsanierung Landgraf-Ludwig-Realschule Plus
8.1.1. Los 02.3 - Zusätzliche Rohbauarbeiten
8.1.2. Los 14.1 - Natursteinarbeiten
8.1.3. Los 20.2 - Brandschutztüren Ganzglas
9. Anträge der Fraktionen
9.1. Antrag der Stadtratsfraktion Die LINKE / PARTEI vom 06.05.2021 bzgl. "Benennung des "Winzler-Tor-Platzes" nach Walter Slodki"
10. Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 1 Schulentwicklungsplanung **Vorlage: 1214/I/40/2021**

Der Vorsitzende teilt mit, an der heutigen Sitzung nehme Herr Krämer-Mandau teil.

Des Weiteren sei der Schulentwicklungsplan für die Stadt Pirmasens sowie der gemeinsamen Schulentwicklungsplan vom Schulträgersausschuss sowie dem Hauptausschuss einstimmig empfohlen worden. Ebenfalls begrüßten und unterstützten die Schulen diesen Plan. Aufgrund dessen würde in der heutigen Sitzung lediglich eine kurze Zusammenfassung erfolgen.

Positiv zu bewerten seien die stark veränderten und stabilen Schülerzahlen.

Die Prognose sei diesbezüglich vor ein paar Jahren pessimistischer eingeschätzt worden, da in dieser Zeit die Schülerzahlen erheblich zurückgegangen seien.

Nun seien die Schülerzahlen auf Dauer stabil.

Ebenfalls habe sich der Raumbedarf durch die Ganztagschulen und Schwerpunktschulen verändert.

Für die Zukunft der Schulgebäude erhalte der Plan verändertere Planungen.

Sodann richtet er den Blick auf die Schulstrukturen.

Bei den Grundschulen seien die bisherigen Annahmen weitergehend bestätigt. Der frühere Rückgang habe teils zu mangelnder Auslastung geführt. In manchen Schulen, wie dem Horeb, aber auch zu einem erheblichen Anstieg der Schülerzahlen. Der Sommerwald verzeichne allerdings geringere Schülerzahlen. Von einer Schließung werde derzeit abgeraten. So lange das Schulgebäude noch funktioniere, solle dies weiterbetrieben werden. Auch in der Grundschule Fehrbach prognostizierte der Plan geringere Schülerzahlen. Diese Schule solle aber dauerhaft weitergeführt werden.

Bei den "Förderschulen G" sei ein enormer Anstieg zu verzeichnen, weshalb hier ein dringender Handlungsbedarf bestehe. Trotz des Anstiegs der Inklusion sei auch ein Anstieg bei der Exklusion zu verzeichnen. Ein Neubau als Anbau oder als kompletter Neubau sei in Pirmasens jedoch erforderlich. Zu überlegen sei, eine weitere Schwerpunktschule in der Innenstadt, eventuell am Horeb, einzurichten.

Die drei Gymnasien in der Stadt seien die Gewinner der Schulreformen der vergangenen Jahre. Alle drei Gymnasien würden dauerhaft benötigt und keines der Gymnasien sei gefährdet. Für eine gegenseitige Konkurrenz bestünde kein Grund.

Durch das Erstarken der Gymnasien sei eine geringere Schülerzahl an den Realschulen zu verzeichnen. An beiden Realschulen seien relativ wenig Schüler zu verzeichnen. Dies sei nicht nur in Pirmasens, sondern in fast allen Realschulen in der Südwestpfalz der Fall. Trotz dessen seien beide Realschulen langfristig gesichert.

Biregio empfehle keine Integrierte Gesamtschule in Pirmasens zu gründen, da diese bereits vom Kreis abgedeckt sei. Ansonsten drohe eine Schwächung der IGS im Landkreis.

Die Pendler in den Landkreis seien deutlich geringer als umgekehrt. Auch würde dies keinen wesentlichen Vorteil erbringen.

Die Berufsbildende Schule in Pirmasens bleibe dagegen stark. Die Empfehlung sei hier eine enge Abstimmung der Angebote mit Rodalben und Zweibrücken. Eine gegenseitige Konkurrenz solle nicht entstehen, sondern eine abgestimmte Schwerpunktbildung.

Gegebenenfalls könnte die Einrichtung eines "regionalen Planungstischs" erfolgen und weiterverfolgt werden.

Ratsmitglied Eschrich teilt mit, die Firma Biregio hätte ein gutes Zahlenwerk vorgelegt. Festzustellen sei, dass die Förderschulen, trotz Anstieg der Inklusion, wichtig seien.

Er fragt an, auf welchem Stand die Anfrage bzgl. "Schulrochade" aus der Stadtratssitzung am 14.12.2020 sei.

Der Vorsitzende teilt mit, zurzeit sei die Stadt dabei die Zahlen und Informationen zusammen zu tragen. Die Anfrage würde dann schriftlich beantwortet. Bezüglich der Inklusion würde man in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen informieren.

Ratsmitglied Welker fügt hinzu, der neue Schulentwicklungsplan sei ein großartiger Plan. Ebenfalls sei es gut, dass die Schulrochade damit aufgehoben sei.

Er fragt an, inwiefern die Schulen in Pirmasens barrierefrei seien.

Der Vorsitzende zeigt auf, die Barrierefreiheit würde bei einem Neubau oder einer Sanierung beachtet. Jedoch hätten nicht alle Schulen einen Aufzug.

Ratsmitglied Welker bittet um eine Auflistung in welchen Schulen eine entsprechende Ausstattung vorhanden sei.

Ratsmitglied Tilly bittet, den Antrag bezüglich "Sanierung Hugo-Ball-Gymnasium" in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln und zu beantworten.

Ratsmitglied Riehmer zeigt auf, aus der Presse sei zu entnehmen, dass die Schule am Horeb als Modell- sowie Schwerpunktschule angedacht sei. Allerdings fehle hier die Perspektive für die bereits vorhandenen Schwerpunktschulen, wie zum Beispiel der Wittelsbachschule.

Der Vorsitzende erklärt, zunächst sei man an der Planung einer Sanierung am Horeb und nicht an einer Generalsanierung an der Wittelsbachschule.

Ratsmitglied Riehmer fragt daraufhin an, ob die Generalsanierung der Wittelsbachschule aufgrund der Planung einer neuen Schwerpunktschule zurückgestellt würde.

Herr Krämer-Mandau erklärt, durch die Sanierung am Horeb solle die Wittelsbachschule entlastet werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Schulentwicklungsplan für die Stadt Pirmasens und der gemeinsame Schulentwicklungsplan für den Landkreis Südwestpfalz, die Stadt Pirmasens und die Stadt Zweibrücken werden zur Kenntnis genommen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen des Schulentwicklungsplanes für die Stadt Pirmasens sollen umgesetzt werden. Entgegenstehende frühere Beschlüsse haben sich aus diesem Grund erledigt. Zur Realisierung der einzelnen Maßnahmen für die jeweiligen Schulen sind Gremienbeschlüsse zu fassen.

zu 2 Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 1216/I/10.1/2021

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 21.04.2021.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung in der als Anlage (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) beigefügten Fassung.

zu 3 Ergänzung der Gefahrenabwehrverordnung, Tauben-Vergrämungspflicht
Vorlage: 1221/III/32/2021

Beigeordneter Clauer bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Ordnungsamtes vom 04.05.2021. Hierzu erfolgte bereits eine Information im Hauptausschuss am 03.05.2021.

Er berichtet, Eigentümer und Nutzungsberechtigte von Gebäuden sollen künftig unter genau definierten Voraussetzungen zur umgehenden Beseitigung von Nistplätzen bzw. zur Vergrämung von verwilderten Haustauben verpflichtet werden können.

Mit Hilfe der Vergrämungspflicht sollen sich die Tauben in Pirmasens nicht weiter unkontrolliert vermehren.

Die Stadt betreibe bereits ein „Management der Taubenbestände“, welcher gut angenommen würde, so Beigeordneter Clauer. Hier würden die Vögel artgerecht gefüttert und eine Geburtenkontrolle würde ebenfalls erfolgen.

Die Eier würden durch Gipseier ersetzt, um so die Population zu verringern und gleichzeitig auch den Schmutz der Tauben in der Stadt zu vermeiden bzw. zu verringern.

Ziel des Ganzen sei, dass es den Tauben gut gehe und in der Stadt kein Schmutz und Unrat herrsche.

Das Taubenproblem habe sich jedoch in den letzten Monaten verschärft, teilt Beigeordneter Clauer mit.

Immer mehr Tauben würden in leerstehenden Häusern und auf offenen Dachböden nisten.

Er erklärt, in leeren Häusern sei ein Zugriff und die Regelung der Population nicht einfach möglich. Bisher fehle der Verwaltung in solchen Fällen das Handwerkszeug.

Die Tauben-Vergrämungspflicht solle verhindern, dass sich immer mehr Tauben in leerstehenden Häusern und auf offenen Dachböden niederlassen und sich so schlecht entwickeln würden.

Auch andere Kommunen hätten bereits das Taubenproblem mit einer Vergrämungspflicht gelöst.

Er führt aus, dass die betroffenen Örtlichkeiten angeschrieben würden und hierbei eine Frist gesetzt, bis wann die Beseitigung erfolgen solle. Die Stadttaubenhilfe würde dann die Dachböden begehen und die Tauben umsiedeln.

Ratsmitglied Eschrich teilt mit, er sei grundsätzlich hiermit einverstanden, wünsche sich jedoch eine genauere Definition der Taubenvergrämung und artgerechten Beseitigung sowie eine genauere Beschreibung zum praktischen Vorgehen. Dies habe ihm in der Beschlussvorlage gefehlt.

Beigeordneter Clauer antwortet darauf, die betroffenen Bürger erhalten im Bescheid einen Abdruck des Tierschutzgesetzes sowie einen Hinweis auf das kostenlose Angebot der Stadttaubenhilfe. Weiter sei in der Belehrung aufgeführt, dass auf das Tierschutzrecht zu achten sei.

Ratsmitglied Tilly fragt an, wie die Haus- und Grundstücksbesitzer wüssten, wann und wie man vorgehen müsse.

Beigeordneter Clauer verweist nochmals auf das Angebot der Stadttaubenhilfe als aktiver Partner. Die Stadttaubenhilfe stehe bereits bei dem städtischen Taubenschlag der Stadt zur Seite und würde auch hier helfen.

Der Vorsitzende versichert, die Zahl der Brutplätze würde tierschutzkonform reduziert. Die Stadttaubenhilfe helfe bei der Umsiedlung und danach sollten die Hausbesitzer die Dachböden und andere Stellen, über die die Vögel ins Innere gelangen, abdichten.

Sodann beschließt der Stadtrat bei einer Enthaltung einstimmig:

Der Stadtrat beschließt die vorgeschlagene Ergänzung der Gefahrenabwehrverordnung (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) der Stadt Pirmasens.

zu 4 Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters sowie des hauptamtlichen Beigeordneten; Einsatz der Infrastruktur der Verwaltung
Vorlage: 1209/I/10.1/2021

Oberbürgermeister Markus Zwick übergibt den Vorsitz an Bürgermeister Maas und nimmt gemäß §22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung der späteren Höhegruppierung des Oberbürgermeisters nicht teil.

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 25.03.2021.

Ratsmitglied Weber teilt mit, Oberbürgermeister Zwick habe ebenfalls, wie der ehemalige Oberbürgermeister Dr. Matheis, das Ehrenamt bei der Thüga AG inne. Der Fall von Ratsmitglied Dr. Matheis bzgl. der Thüga AG sei bis heute offen und nicht geklärt. Er fragt an, ob der Fall von Ratsmitglied Dr. Matheis ebenfalls bei Oberbürgermeister Zwick eintreten könnte.

Der Vorsitzende Maas zeigt auf, der gleiche Fall könne nicht eintreten, da die Höhe der Aufwandsentschädigung nicht abgabepflichtig sei.

Der Stadtrat beschließt bei zwei Enthaltungen einstimmig:

Der Stadtrat nimmt die in der Anlage dargestellten Nebentätigkeiten des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters sowie des Beigeordneten gemäß dem Landesbeamtengesetz (LBG) in Verbindung mit der Nebentätigkeitsverordnung (NebVO) und Ehrenämter zur Kenntnis.

Der Stadtrat erklärt sein Einverständnis, dass der Stadtvorstand (Oberbürgermeister, Bürgermeister, Beigeordneter) für die Ausübung der Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst oder gleichgestellt und die öffentlichen Ehrenämter die entsprechende Infrastruktur der Verwaltung (Büro, Fahrer, Dienstwagen) einsetzt. Die Erstattung der Fahrkosten durch die Träger der Einrichtungen, bei denen die Nebentätigkeit wahrgenommen wird, ist in vollem Umfang in den städtischen Haushalt zu vereinnahmen.

zu 5 Spätere Höherstufungen der Mitglieder des Stadtvorstandes

**zu 5.1 Spätere Höherstufung des Oberbürgermeisters Herrn Markus Zwick
Vorlage: 1228/I/10.2/2021**

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Personalamtes vom 10.05.2021.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Herr Oberbürgermeister Markus Zwick wird gemäß § 2 Abs. 1 Kommunal-Besoldungsverordnung (LKomBESVO) von Besoldungsgruppe B5 nach Besoldungsgruppe B6 höhergestuft. Die Höherstufung soll auf Wunsch des Oberbürgermeisters erst zum 01.05.2022 vollzogen werden.

Oberbürgermeister Zwick übernimmt wieder den Vorsitz.

**zu 5.2 Spätere Höherstufung des Bürgermeisters Herrn Michael Maas
Vorlage: 1229/I/10.2/2021**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Personalamtes vom 10.05.2021.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Herr Bürgermeister Michael Maas wird gemäß § 3 Abs. 1 Kommunal-Besoldungsverordnung (LKomBESVO) von Besoldungsgruppe B3 nach Besoldungsgruppe B4 höhergestuft. Die Höherstufung soll auf Wunsch des Bürgermeisters erst zum 01.07.2022 vollzogen werden.

**zu 5.3 Spätere Höherstufung des Beigeordneten Herrn Denis Clauer
Vorlage: 1231/II/10.2/2021**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Personalamtes 11.05.2021.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Herr Beigeordneter Denis Clauer wird gemäß § 3 Abs. 1 Kommunal-Besoldungsverordnung (LKombESVO) von Besoldungsgruppe A16 nach Besoldungsgruppe B2 höhergestuft. Die Höherstufung soll auf Wunsch des Beigeordneten erst zum 01.05.2022 vollzogen werden.

zu 6 Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH; hier: Wechsel eines Mitglieds des Aufsichtsrats

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtwerke vom 07.05.2021.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

An den jeweiligen Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH ergeht die Weisung, gemäß nachfolgendem Beschluss zu handeln. Vertreter ist die Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH.

Die Gesellschafterversammlung wählt Herrn Marc André, Geschäftsführender Direktor der Enovos Deutschland SE als Mitglied in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH ab 01.06.2021.

zu 7 Feststellung von Kostenvoranschlägen

**zu 7.1 S01 Grundschule Fehrbach - Sanierung Elektroinstallation
Vorlage: 1224/III/69/2021**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 06.05.2021.

Er teilt mit, für die Sanierung der Elektroinstallation sei ein Förderantrag gestellt worden. Im Rahmen des Digitalpakts seien die Elektroinstallationen begutachtet worden. Hier sei festgestellt worden, dass diese nicht mehr auf dem Stand der Technik seien. Eine Teilsanierung oder ein Austausch einzelner Komponenten sei nicht möglich, da diese aus den 1960er-Jahren stammten. Die Ausführung dieses Vorhabens solle in den Sommerferien 2021 erfolgen, wenn die Ressourcen bis dorthin vorhanden seien. Sei dies nicht der Fall, würde sich die Ausführung bis nach den Ferien verschieben. Die Stadt würde sich dann mit den Schulen besprechen, wann die Umsetzung erfolgen könnte um den Unterricht der Schüler nicht zu stören.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Maßnahme „Sanierung Elektroinstallation“ wird auf Basis der Kostenberechnung vom 05.05.2021 öffentlich ausgeschrieben und anschließend umgesetzt. Die entsprechenden Mittel in Höhe von 232.000,00 € werden bereitgestellt

Verrechnung: Produktsachkonto 114100.52310000 „Gebäudeunterhalt“

zu 8 Auftragsvergaben

zu 8.1 72 Generalsanierung Landgraf-Ludwig-Realschule Plus

**zu 8.1.1 Los 02.3 - Zusätzliche Rohbauarbeiten
Vorlage: 1227/II/65/2021**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 07.05.2021.

Er teilt mit, drei Bieter hätten ein Angebot abgegeben. Der Auftrag solle nun an die Firma E. Köhler-Schmitt GmbH aus Waldrohrbach, zum Preis von 78.532,86 € vergeben werden. Somit liege das Angebot um 41.490,76€ unter dem Kostenvoranschlag.

Ratsmitglied Weber fragt an, weshalb die Differenz zwischen den eingegangenen Angeboten so hoch sei.

Bürgermeister Maas zeigt auf, die extreme Spreizung zwischen den Angeboten sei deutlich zu erkennen. Oftmals entstehe die Spreizung durch die verschiedenen Ressourcen der einzelnen Unternehmen. Dies läge bei den meisten Ausschreibungen vor.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Auftrag für das Los 02.3 Zusätzliche Rohbauarbeiten - wird an die Firma **E. Köhler-Schmitt GmbH**, Friedhofstraße 9-11, 76857 Waldrohrbach, zum **Angebotspreis von 78.532,86 € brutto** vergeben.

**zu 8.1.2 Los 14.1 - Natursteinarbeiten - Auftragsvergabe
Vorlage: 1223/II/65/2021**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 07.05.2021.

Er teilt mit, 7 Bieter hätten ein Angebot abgegeben. Der Auftrag solle an die Firma Nüthen Restaurierungen GmbH & Co KG aus Erfurt, zum Preis von 798.302,66 € vergeben werden. Somit liege das Angebot um 48.530,48€ über dem Kostenvoranschlag.

Der Stadtrat beschließt bei 2 Gegenstimmen, mehrheitlich:

Der Auftrag für das Los 14.1 Natursteinarbeiten -, wird an die **Firma Nüthen Restaurierungen GmbH + Co.KG**, Anton-Lucius-Straße 14, 99085 Erfurt, zum **Angebotspreis von 798.302,66 € brutto** vergeben.

Verrechnung: Inv.Nr. 2160000002

zu 8.1.3 Los 20.2 - Brandschutztüren Ganzglas - Auftragsvergabe
Vorlage: 1222/II/65/2021

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 07.05.2021.

Er teilt mit, zwei Bieter hätten ein Angebot abgegeben. Der Auftrag solle an die Firma Tischlerei Hubert Schmitt aus Ittel, zum Preis von 67.602,35 € vergeben werden. Somit liege das Angebot um 7.602,35€ über dem Kostenvoranschlag.

Der Stadtrat beschließt bei 2 Gegenstimmen, mehrheitlich:

Der Auftrag für das Los 20.2 – Brandschutztüren- Ganzglas - wird an die **Tischlerei Hubert Schmitt GmbH**, Neustraße 10, 54298 Ittel, zum **Angebotspreis von 67.602,35 €** brutto vergeben.

Verrechnung: Inv.Nr. 2160000002

zu 9 Anträge der Fraktionen

zu 9.1 Antrag der Stadtratsfraktion Die LINKE / PARTEI vom 06.05.2021 bzgl. "Benennung des "Winzler-Tor-Platzes" nach Walter Slodki"

Ratsmitglied Eschrich erläutert den Antrag laut Antragsbegründung (siehe Anlage 3 zur Niederschrift).

Er fügt ergänzend hinzu:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick, sehr geehrte Damen und Herren, der bereits vorliegenden Antragsbegründung möchte ich einige weitere Argumente anfügen. Die Beispiele beruhen auf Originalquellen und Presseartikeln, die mir dankenswerterweise Otmar Weber zur Verfügung gestellt hat und bisher nicht veröffentlicht wurden. Sie unterstreichen nochmals die Verbundenheit von Walter Slodki mit seiner Heimatstadt und zeigen, in welchem Klima sich die Aufarbeitung der Geschichte und das Gedenken an die Opfer bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts und offensichtlich in manchen Kreisen bis heute abspielen.

Am 24. Januar 1948 schreibt Walter Slodki, Walter Slodki, das Opfer des Nazi-Regimes, einen Brief nach Deutschland, dem Land der Täter, knapp drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Alleine dieser Umstand ist so ungewöhnlich, fast einzigartig, dass er hervorgehoben werden muss, weil er die menschliche Größe von Walter Slodki erahnen lässt. Der Brief ist an Frau Grune von Schön & Co gerichtet, die Walter Slodki aus seiner Zeit bei der Firma persönlich kennt. In einem freundschaftlichen Plauderton berichtet Slodki vom Schneesturm in der Metropole New York und wie hektisch dort das Leben gegenüber dem beschaulichen Pirmasens ist. Slodki bekundet Frau Grune das Beileid zum Tod ihres Sohnes, von dem er erfahren hat und schreibt, wie dankbar er für seine gute Ausbildung bei der Firma Schön & Co ist, der er seine heutige berufliche Existenz in Amerika verdankt. Und Slodkis Dankbarkeit findet nicht nur Worte: Er bittet Frau Grune um Übersendung des Maschinenkatalogs der Firma samt Preisliste. Damit wird der Grundstein für die kommenden Geschäftsbeziehungen gelegt. Sein Brief schließt mit der Aufzählung der Lebensmittel, die er für die früheren Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen mit Paketen auf den Weg gebracht hat.

Besonders aufschlussreich ist der Artikel aus der Pirmasenser Zeitung vom 24. März 1965 anlässlich der Erstverleihung des Walter-Slodki-Preises am Leibniz-Gymnasium: Zitat „Die Walter-J.-Slodki-Medaille wurde gestern bei der Abiturienten-Verabschiedung des Leibniz-Gymnasiums erstmals verliehen. Dazu war der Stifter selbst erschienen. Er ist Absolvent des Jahres 1933, lebt jetzt in Amerika und besuchte auf einer Geschäftsreise Pirmasens.“ Im gesamten Artikel findet sich kein Wort über das Schicksal des Walter Slodki als Verfolgter des Nazi-Regimes. Die „1000 Jahre“ des Dritten Reichs sind irgendwie abhandengekommen, das Naziopfer Walter Slodki wird ignoriert und damit erneut gedemütigt.

Auf eine Anfrage des Leibniz-Gymnasiums schreibt am 18. Dezember 1979 ein verbitterter Walter Slodki: „Ihre (gemeint ist Oberstudiendirektor Günther Hessing, Anm.d.Verf.) Ausführungen zeigen mir, dass Ihre Schule an einer „Wiedergutmachung“ von grossem Unrechte, sehr interessiert ist, obwohl ich glaube, dass eine Wiedergutmachung fuer verlorene Menschenrechte nicht möglich ist. So versucht man der Jugend die Vergangenheit vor Augen zu führen, um das gemachte Unrecht anzuerkennen und um von Schuldgefühlen befreit zu werden.“ Slodki hält in diesem Brief der Tätergeneration den Spiegel vor und entlarvt zu einem frühen Zeitpunkt, was Aufarbeitung bis in die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts bedeutete. Wenn überhaupt, fand Aufklärung in minimalen Dosen statt und diente vornehmlich der Entschuldung der Täter und Beruhigung des eigenen Gewissens. Auch mit der staatlichen Wiedergutmachung, bei der viele Überlebende des Holocaust leer aus gingen und die angesichts der staatlich organisierten Ausplünderung der Juden durch die sogenannte „Arisierung“ eine Farce war, rechnet Waltzer Slodki in diesem Brief ab: Zitat „Da für jede monatliche Inhaftierung im Konzentrationslager ein Betrag von DM 300.- als Wiedergutmachung festgelegt war, wurde für die Ermordung meiner Mutter eine Zahlung von DM 600,- geleistet.“ Weiter führt Walter Slodki aus, dass ihm für den Verlust seines gesamten Privatbesitzes 5000,- DM zugesprochen wurden, was nicht einmal die Anwaltskosten für den 10 Jahre andauernden Prozess deckte. Slodki, inzwischen 65 Jahre alt, erhält auch keine Altersrente aus Deutschland, weil für die letzten Jahre seiner Beschäftigung im Deutschen Reich bei der Versicherungsanstalt keine Belege vorliegen.

Und trotz dieser unerträglichen Ablehnung des Staates, Schuld anzuerkennen und der allgegenwärtigen Ignoranz des Leids, das Walter Slodki und seiner Familie widerfahren ist, endet auch dieser Brief versöhnlich. Zitat „Ich will jedoch nicht alles in den gleichen Topf werfen und bin vielleicht verpflichtet Ihnen in Ihrer vorgesehenen Arbeit behilflich zu sein.“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick, sehr geehrte Herr Clauer, der Stadtrat sollte nun endlich Nägel mit Köpfen machen und die seit vielen Jahren geplante Benennung des Winzler-Tor-Platzes nach Walter Slodki vollziehen. Dieser Antrag wurde notwendig, weil bei der Einweihung des Spielplatzes am Winzler-Tor erneut kein Wort zur Umbenennung des Platzes verloren wurde. Noch lebt eine Tochter von Walter Slodki in den USA. Sie ist hoch betagt. Wir können und dürfen nicht mehr länger warten. Ihr Argument, man wolle abwarten, bis sich das Image des Platzes verbessert hat, ist inakzeptabel. Die sozialen Probleme des Winzler-Viertel bekommen Sie in absehbarer Zeit nicht gelöst und gerade die Umbenennung ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Images dieses Platzes. Und nicht nur des Platzes, sondern der gesamten Stadt.

Sehr geehrte Frau Eyrisch, Ihre von der PZ vorgefertigte Meinung in allen Ehren, Sie können die Meinung von Herrn Glöckner vertreten, wir leben in einem Rechtsstaat mit freier Meinungsäußerung, auch wenn sie nur nachgeplappert ist. Gestatten Sie aber auch mir, eine Meinung zu haben. Im Gegensatz zu Ihnen vertrete ich die Meinung, dass die Umbenennung der Kirchbergschule ein schwerer Rückschlag für die nur zaghaf und zurückhaltend begonnene Gedenkarbeit der Stadt Pirmasens ist. Das Gedenken an Walter Slodki durch die Umbenennung des Winzler-Tor-Platzes braucht nun schon Jahrzehnte, die Benennung der Kirchbergschule nach Käthe Dassler brauchte nur wenige Monate. Das sind der Zusammenhang und gleichzeitig der Unterschied in der Wertigkeit, mit der Ihre Partei, Frau Eyrisch, im

Gegensatz zu unserer Fraktion die Aufarbeitung der Geschichte und das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Pirmasens sieht.”

Ratsmitglied Eyrisch erklärt, sie befürworte die Würdigung von Herrn Walter Slodki, jedoch müsse dies in einem Gremium besprochen und diskutiert werden.

Des Weiteren würden die Pirmasenserinnen und Pirmasenser diesen Platz immer im Sprachgebrauch “Winzler-Tor-Platz” nennen. Sie bezweifle, dass der Name “Walter-Slodki-Platz” genutzt werden würde.

Die Stadtratsfraktion CDU würde diesen Antrag ablehnen, aber nicht wegen der Umbenennung an sich, sondern weil dieser Antrag als Rückschlag für die Umbenennung der Realschule gestellt worden sei.

Ratsmitglied Bachert fügt hinzu, der Winzler-Tor-Platz sei nicht ausreichend für die Würdigung von Walter Slodki. Ein besserer und geeigneter Platz sollte für die Würdigung gefunden werden.

Ratsmitglied Freihold führt aus:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, vorweg: Walter Slodki war ein Verfolgter und Opfer des Naziregimes. Er wurde in der Nachkriegszeit ein weiteres Mal zum Opfer – durch die beschämende „Wiedergutmachung“, von der er in seinen Briefen spricht. Durch die nochmalige Entwürdigung, die die Ausblendung der Nazizeit in der Nachkriegspresse für die Opfer und Verfolgten bedeutet.

Walter Slodki war, dessen ungeachtet, ein großer Mensch, ein wahrer Humanist, der als einer der ersten den Tätern in seiner Heimat die Hand zur Versöhnung reichte und ihnen half, wo er konnte. Das ist ihm nicht hoch genug anzurechnen.

Gewürdigt wurde er bis heute nicht. Weder als Opfer der Menschheitsverbrechen der Nazizeit, noch als Versöhner und Förderer danach.

Seit mehr als 20 Jahren ist die Rede davon, den Winzler-Tor-Platz nach Walter Slodki zu benennen. Bis heute ist es nicht passiert. Pirmasens hat eine ausgesprochen beschämende Nazi-Vergangenheit, war als eine der ersten Städte Deutschlands „judenfrei“, hat in der Heitmeier-Studie hohe Werte bei gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit attestiert bekommen.

Pirmasens benennt nun eine seiner Schulen nach Käthe Dasser, die eine durch die Nazizeit großgewordene Firma leitete. Das finden die meisten gut – vielleicht sponsert Adidas ja mal ein Sportfest der Schule? Derweil ist der Winzler-Tor-Platz neugestaltet worden, ohne dass die Umbenennung Thema war.

Ja Frau Eyrisch, da besteht ein Zusammenhang. Und geschmack- und stillos ist nicht, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen, sondern ihn weiter leugnen zu wollen, stattdessen den Hinweisgeber an der Pranger zu stellen!

Wenn eine Stadt mit einer solchen Bürde an Vergangenheit es nicht fertig bringt, das eine zu tun und das andere zu lassen, muss sie sich Kritik gefallen lassen. Noch ist es nicht zu spät, etwas zu ändern.

Sie liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen nur ihre Parteiessentiments, die Kleingeisterei und die Geschichtsrelativierung beiseitelegen und sich nochmals vor Augen halten, wie sich Walter Slodki der Stadt und ihren Menschen gegenüber verhalten hat.

Dann können Sie eigentlich nicht anders, als dem Antrag zuzustimmen und Walter Slodki die Ehre, Anerkennung und Würdigung zu geben, die ihm zusteht.”

Ratsmitglied Eschrich bezieht sich auf die Ausführungen des Ratsmitglieds Eyrisch. Er stellt fest, die Stadtratsfraktion CDU würde dem Antrag aufgrund der Antragsbegründung nicht zustimmen. Bezüglich der Ausführungen des Ratsmitglieds Bachert zeigt er auf, die Entscheidung, den Winzler-Tor-Platz in Walter-Slodki-Platz umzubenennen, sei vor 20 Jahren bereits zugesagt worden. Bereits zwei ehemalige Oberbürgermeister hätten sich hiermit befasst.

Die Realschule sei binnen weniger Monate umbenannt worden, wenn nun die Umbenennung des Winzler-Tor-Platz nicht erfolge, müsse er sich für diesen Stadtrat schämen. Weiterhin würden viele Bürgerinnen und Bürger die Umbenennung der Realschule ablehnen. Dies würde auch die Gedenkarbeit erschweren. In der heutigen Sitzung würde er jedoch nicht über die weiteren Probleme der Gedenkarbeit sprechen, denn diese liefe nicht so gut wie dargestellt.

Ratsmitglied Tilly zeigt auf, die Stadtratsfraktion SPD würde diesen Antrag unterstützen. Die Diskussion diesen Platz Walter Slodki zu würdigen dauere bereits 20 Jahre. Falls nun ein anderer Platz gewählt werden sollte, hätte dies schon längst passieren können.

Ratsmitglied Weber teilt mit, die Umbenennung des Winzler-Tor-Platzes sei längst überfällig. Kein Argument würde gegen diese Umbenennung spreche, weshalb die Stadtratsfraktion AfD diesen Antrag unterstützen würden. Falls Ratsmitglied Eschrich eine Frist vorschlägt, in der ein neuer Platz gefunden werden soll, würden sie auch dies unterstützen.

Ratsmitglied Dr. Dreifus bedankt sich für die tolle Arbeit des Judenarbeitskreises sowie bei Ratsmitglied Eschrich. Weiterhin bedürfe es keiner Diskussion zur Anerkennung von Walter Slodki, jedoch sei die Art und Weise wie dieser Antrag gestellt worden sei unredlich, da dies das Ansinnen herunter würdigen würde. Der Vorschlag von Ratsmitglied Weber bezüglich einer Frist um einen neuen Platz zu finden sei ausgezeichnet.

Ratsmitglied Bachert erläutert, die Würdigung von Walter Slodki sei Pflicht, jedoch sei er nicht seit 20 Jahren im Stadtrat tätig und habe diese Diskussion nicht mitgeführt. Er habe sich selbst informiert und festgestellt, dass ein geeigneterer Platz gefunden werden sollte, denn mit dem Winzler-Tor-Platz würde Herr Walter Slodki nicht ausreichend gewürdigt.

Ratsmitglied Knerr zeigt auf, bei der damaligen Diskussion zur Umbenennung zum Walter-Slodki-Platz sei das Hauptargument die von ihm gespendeten Bäume gewesen. Beschämend sei allerdings die Art und Weise des Antrages.

Ratsmitglied Hussong erinnert daran, dass mit der Umbenennung geschlossen Walter Slodki gewürdigt werden sollte. Er vermutet, dass die jetzige Diskussion nur auf den Antrag zurückgehe. Allerdings sei nicht gut, dass Walter Slodki mit Käthe Dassler in Verbindung gebracht wurde.

Er fragt an, wie lange die Suche nach einem geeigneten Platz für die Würdigung von Walter Slodki anhalten solle. Bereits unter zwei ehemaligen Oberbürgermeister sei klargestellt worden, den Winzler-Tor-Platz, Walter Slodki zu würdigen. An diesem Vorhaben solle festgehalten werden.

Beigeordneter Clauer stellt klar, die Aussage einer zaghaften Gedenkarbeit sei nicht richtig, denn das Stadtarchiv leiste eine hervorragende Gedenkarbeit.

Zum Thema Winzler-Tor-Platz stellt er fest, dass die Würdigung von Walter Slodki wichtig sei. Auch sei es naheliegend diesen Platz nach ihm zu benennen. Jedoch würde in der heu-

tigen Sitzung erstmal darüber diskutiert werden. In vorherigen Sitzungen sei nie eine offizielle Diskussion geführt worden.

Der Stadtvorstand hätte sich ebenfalls gewünscht, dass diese Umbenennung nicht in Verbindung mit der Umbenennung der Realschule gestellt würde. Er schlägt vor, bis zur nächsten Sitzung den Standort noch einmal näher zu betrachten. Auch solle eine Gedenktafel für Walter Slodki errichtet werden.

Ratsmitglied Eyrisch erklärt, die Stadtratsfraktion CDU hätte kein Problem mit der Würdigung von Walter Slodki sondern ganz im Gegenteil. Jedoch müsse hierüber diskutiert werden. Auch solle ein enger Zeitplan erstellt werden, um die Umbenennung durchzuführen. Der Antrag sei bewusst in Zusammenhang mit der Umbenennung der Realschule gestellt worden, deshalb würde der Antrag in dieser Form und der Begründung abgelehnt.

Ratsmitglied Freihold zeigt auf, die unterstellte Verknüpfung sei absurd. Jedoch sei die Umbenennung der Realschule schnell erfolgt und die Diskussion des Winzler-Tor-Platze halte bereits 20 Jahren an. Die Äußerungen von Ratsmitglied Eyrisch seien nur ein Grund um den Antrag abzulehnen.

Ratsmitglied Eschrich bezieht sich auf die vorherige Argumentation von Beigeordnetem Clauer. Es lägen verschiedene Ansichten zur Gedenkarbeit vor, jedoch sei die Umbenennung der Realschule bei den Beteiligten nicht gut angekommen. Über die geleistete Gedenkarbeit könne in einer nichtöffentlichen Sitzung gesprochen werden, denn diese verlaufe nicht so gut wie dargestellt.

Zum Antrag selbst fügt er hinzu, in der heutigen Sitzung solle nicht über die Begründung, sondern über den Antrag abgestimmt werden. Bei einer Ablehnung des Antrags habe dies Folgen für die Gedenkarbeit.

Ratsmitglied Hussong teilt mit, die Umbenennung des Winzler-Tor-Platz sei nicht im Stadtrat, sondern im Hauptausschuss diskutiert worden. Eine Zustimmung sollte trotz der diskreditierenden Begründung erfolgen. Eventuell könne die vorhandene Bushaltestelle ebenfalls umbenannt werden. Diese Diskussion in der heutigen Sitzung seitens der Stadtratsfraktion CDU sowie der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI würde der Sache nicht gerecht werden.

Ratsmitglied Eyrisch erklärt, dieser Antrag würde in Verbindung zur Schule stehen, daher sei dies auch in der Begründung bewusst genannt worden. Aufgrund dessen sei dieser Antrag abzulehnen.

Ratsmitglied Dr. Matheis zeigt auf, der Stadtrat sei sich im Grunde einig, jedoch sollte verhindert werden, dass aufgrund der Begründung eine falsche Entscheidung getroffen würde. Zuerst sollte in einer Ältestenratssitzung der Zeitplan besprochen werden. Leider wurde dieser Weg nicht gewählt, stattdessen wurde der Antrag in der Presse und der Öffentlichkeit zelebriert. In der heutigen Sitzung sollte deshalb nicht über den Antrag abgestimmt werden. Nun wäre eine Denkpause wichtig.

Ratsmitglied Weber stimmt den Ausführungen des Ratsmitgliedes Dr. Matheis zu. Mit dieser Diskussion entferne man sich von der eigentlichen Sache, nämlich der Würdigung von Walter Slodki. Er empfiehlt den Ratsmitgliedern Freihold und Eschrich, den Antrag kurzzeitig zurückzuziehen um diesen richtig und gut umsetzen zu können.

Der Vorsitzende stellt fest, die Würdigung von Walter Slodki sei unumstritten. Jedoch müsse die Begründung deutlich getrennt werden von dem eigentlichen Antrag. Die Begründung sollte deshalb ausgeklammert werden. Er bitte die Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI den Antrag in die nächste Stadtratssitzung zu verschieben.

Die Emotionen und Diskussionen sollten in Ruhe überdacht werden um in der nächsten Sitzung nochmals über diesen Antrag beraten zu können.

Ratsmitglied Stegner erklärt, wenn der Antrag zurückgezogen und in zwei Monaten nochmals gestellt würde, könne er diesem Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Eschrich erklärt sich bereit, die Abstimmung über den Antrag bis zur Stadtratssitzung im Juni zu verschieben. Allerdings werde er nichts an der Begründung beziehungsweise am Antrag verändern.

Ratsmitglied Hussong ergänzt, in der nächsten Stadtratssitzung müsse konsequent eine Abstimmung erfolgen.

Ratsmitglied Tilly fragt an, ob vor der Stadtratssitzung ein Ältestenrat angesetzt werden könnte.

Der Vorsitzende zeigt auf, die nächste Ältestenratssitzung sei für den 08. Juni 2021 angesetzt. Sodann schließt er diesen Tagesordnungspunkt.

zu 10 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 10.1 Beantwortung von Anfragen

zu 10.1.1 Anfrage von Ratsmitglied Tilly vom 05.10.2020 bzgl. "Bewerbung Förderprogramm "Staddörfer""

Der Vorsitzende teilt mit, zwischenzeitlich habe das Ministerium mitgeteilt, dass aus Pirmasens keine Staddörfer bei der Auswahlentscheidung für die 3. Runde des Modelvorhabens Staddörfer im Jahr 2021 berücksichtigt worden seien. Den interessierten Städten mit ihren Staddörfern, die in diesem Jahr nicht am Modellvorhaben teilnehmen konnten, solle jedoch in den kommenden Jahren der Zugang zu einem Entwicklungsprozess ermöglicht werden, habe das Ministerium weiter mitgeteilt.

zu 10.1.2 Anfrage von Ratsmitglied Tilly vom 01.02.2021 bzgl. "Fragenkatalog Inobhutnahme"

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung der Anfrage liege vor. Aufgrund des Umfangs würde diese im Nachgang zur Sitzung in Session (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) hochgeladen. Zusätzlich läge ein Gutachten vor. Aus diesem sei ersichtlich, dass keine organisatorischen Fehler vorgelegen hätten.

Ratsmitglied Tilly erklärt, er sei mit dem Vorgehen einverstanden. Falls Fragen zur Beantwortung aufkommen, würde er auf diese in der nächsten Sitzung eingehen.

zu 10.2 Informationen

zu 10.2.1 Stimmbezirkseinteilung für die kommende Bundestagswahl

Der Vorsitzende zeigt auf, aufgrund der Annahme eines erhöhten Briefwahlaufkommens und der Befürchtung von krankheitsbedingten Ausfällen bei den Wahlhelfern, verursacht durch die Pandemie, seien für die Landtagswahl die Briefwahlbezirke von 10 auf 15 erhöht und gleichzeitig die Urnenwahlbezirke von 41 auf 29 reduziert worden. Die Erfahrungen mit dieser Einteilung für die Landtagswahl seien durchweg positiv gewesen. Auch bei der Bundestagswahl am 26.09.2021 werde mit einer weiterhin starken Teilnahme an der Briefwahl gerechnet, sodass die Einteilung auch hier beibehalten werden sollte.

zu 10.2.2 Gewerbesteuerkompensation

Bürgermeister Maas zeigt auf, die Stadt habe ein Schreiben des statistischen Landesamts erhalten. Laut diesem beliefe sich die Gewerbesteuerausfallkompensation für 2021 auf rund 565.000 €. Der Bund habe am 03.06.2020 in seinem Coronahilfepaket beschlossen, dass die Gewerbesteuerausfälle, die aus der Pandemie resultieren, kompensiert werden sollen.

Die Stadt hätte für 2020 und 2021 jeweils Gewerbesteuerinnahmen im städtischen Haushalt von jeweils 22 Mio Euro geplant. Die Ausfälle würden nun jeweils rund 5 Mio. Euro betragen. Von diesen Ausfällen seien durch einen Zuschusstopf des Bundes für 2020 in Höhe von insgesamt 412 Mio. Euro, der Stadt 4,65 Mio. Euro kompensiert worden. Für die fehlenden 5. Mio. Euro in 2021 sei lediglich 50 Mio. Euro aufgelegt worden. Der auf Pirmasens entfallende Kompensationsbetrag beliefe sich laut dem statistischen Landesamt nur noch auf rund 565.000 €, die nur einen Bruchteil der fehlenden 5 Mio. Euro kompensiere.

zu 10.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 10.3.1 Anfrage von Ratsmitglied Dr. Dreifus vom 12.05.2021 bzgl. "Erweiterung Audioguide"

Ratsmitglied Dr. Dreifus verliest die Anfrage:

“Mit dem Audioguide wurde in Pirmasens ein weiteres Projekt zur Stärkung des Tourismus umgesetzt. Um die Nutzung und Bekanntheit hierfür -insbesondere bei Touristen – auszubauen, bitte ich um Prüfung, ob an der Jugendherberge in Abstimmung mit dem Betreiber eine weitere Station umgesetzt werden kann. Dies hätte zum einen den Vorteil, dass Touristen direkt auf den Audioguide aufmerksam und gleichzeitig dies mit Informationen über die frühere Nutzung des Jugendherberge Gebäudes verbunden werden könnte.”

Beigeordneter Clauer zeigt auf, sobald die Jugendherberge wieder voll im Betrieb sei, sei der erste Gange in das Foyer, um dort ein großes Hinweisschild zum Audioguide-Rundgang zu installieren. Dieses Vorhaben müsse jedoch mit dem Betreiber abgestimmt werden. Gerade die Kleingruppen und Einzelbesucher sollten Informationen über Pirmasens mitnehmen und müssten sich nicht einer gebuchten Gruppenführung anschließen. Auch für Jugendliche sei der hörbare Zugang ein willkommener Einstieg zum Sightseeing in Pirmasens.

Die Installation einer Audiostation vor der Jugendherberge sei bestimmt auch im Sinne des Betreibers und würde beim oben genannten Gespräch abgeklärt. Die Einspielung des Textes und die Erstellung des Pfostens würden bei positivem Bescheid in Auftrag gegeben.

Er fügt hinzu, nicht nur die Jugendherberge solle beworben werden, sondern auch andere Hotels in der Stadt.

zu 10.3.2 Anfrage von Ratsmitglied Bilic bzgl. "Resolution gegen Windräder im Pfälzerwald"

Ratsmitglied Bilic fragt nach, inwiefern Pirmasens von der Planung der Windkraftanlagen der Ampelkoalition betroffen sei und ob sich der Stadtrat an der Resolution gegen die Windkraftanlagen im Pfälzerwald beteiligen könnte.

Er bringt hervor, dass er die Verspargelung des Pfälzerwaldes mit Windrädern nicht befürworte.

Der Vorsitzende führt aus, die Errichtung der Windräder im Pfälzer Wald würde zu einer Verschlechterung des Waldes führen.

Ratsmitglied Sheriff ergänzt, im Koalitionsvertrag stehe, was möglich sei und was nicht. Die Verspargelung des Pfälzer Waldes als Biosphärenreservat sei darin nicht festgelegt.

Daraufhin empfiehlt der Vorsitzende dieses Thema erst in der nächsten Sitzung aufzugreifen.

Der Vorsitzende erklärt, es sei eine gute Vorbereitung erforderlich, um sich über das Thema austauschen zu können und über mögliche Gefahren zu sprechen.

Ratsmitglied Bilic teilt mit, er sei mit diesem Vorgehen einverstanden.

Die Beantwortung der Anfrage wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

zu 10.3.3 Anfrage von Ratsmitglied Deny bzgl. "Sanierung der Karl-Theodor-Straße"

Ratsmitglied Deny fragt an, weshalb noch nicht mit der Sanierung der Karl-Theodor-Straße begonnen worden sei. Er bittet um Informationen darüber, warum sich die Sanierung bereits 6 Wochen im Verzug befindet.

Des Weiteren bittet er um Auskunft, wann der offizielle Baubeginn sei und ob die Baumaßnahme bis in das Jahr 2022 andauere.

Bürgermeister Maas teilt mit, dass die Baueinweisung bereits vor ein paar Wochen erfolgt sei. Die Firma habe dann spätestens 10 Tage nach der Auftragsvergabe mit den Baumaßnahmen zu beginnen.

Zum jetzigen Zeitpunkt könne er keine Auskunft darüber geben, weshalb noch nicht mit den Baumaßnahmen begonnen worden sei. Er werde sich informieren und dann eine Auskunft erteilen.

zu 10.3.4 Anfrage von Ratsmitglied Welker bzgl. "Verkehrsstraße Hengsberg-Fehrbach"

Ratsmitglied Welker berichtet, die digitale Geschwindigkeitstafel an der Verkehrsstraße Hengsberg-Fehrbach (gerade Strecke, die ins Dorf führt) führe zu einer Verbesserung der Verkehrssituation.

Weiterhin berichtet er, dass er in letzter Zeit immer mehr Beschwerden der Einwohner erhalten hätte bezüglich erhöhter Geschwindigkeiten von Autofahrern.

Er fragt an, ob hier eine Verschwenkung eingebaut werden könnte.

Der Vorsitzende antwortet, dass er die Anfrage aufnimmt und erst nach erfolgter Prüfung eine Auskunft erteilt werden könne.

zu 10.3.5 Anfrage von Ratsmitglied Welker bzgl. „Gedenktafel“

Ratsmitglied Welker äußert seine Bedenken darüber, dass die Würdigung des Separatisten-aufstands aus dem Jahr 1924 durch eine Gedenktafel nicht genügend Rechnung getragen werde.

Er bittet, auch dort eine Stele des Audioguides aufzustellen.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 10.3.6 Anfrage von Ratsmitglied Tilly bzgl. „Vergütungen der ehrenamtlichen Beschäftigten im Testzentrum in der Messe“

Ratsmitglied Tilly teilt mit, im Testzentrum in der Messe seien ehrenamtliche Beschäftigte tätig. Er habe die Information erhalten, dass die Vergütungen für März noch nicht gezahlt wurden.

Er fragt an, weshalb die Vergütungen für März noch nicht ausgezahlt wurden.

Beigeordneter Clauer erklärt, hiervon seien 3 Mitarbeiter betroffen.

Es hätten bestimmte Daten gefehlt, weshalb keine Auszahlung erfolgen konnte.

Die fehlenden Daten wurden nachgereicht und die Mitarbeiter erhielten nun im Laufe der Woche ihre Vergütung für März.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 16.55 Uhr.

Pirmasens, den 15. Juli 2021

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Anne Vieth
Protokollführung